



Prof. Dr. Reinhard Brühl (Generalmajor a.D.)

Vortrag zum Thema

„Vom Sinn unseres Soldatseins“

Gekürzte Fassung des Vortrages auf der Veranstaltung ehemaliger Berufssoldaten anlässlich des 50. Gründungstages der NVA.

Altlandsberg am 18. Februar 2005

Dok.Nr.: R20050218_bruehl
Quelle: Denkschrift zur Festveranstaltung anlässlich des 50. Gründungstages der NVA
Herkunft: unbekannt
Autor: Generalmajor a.D. Prof. Dr. Reinhard Brühl (Jahrgang 1924)
Direktor Militärgeschichtliches Institut Potsdam

Prof. Dr. Reinhard Brühl (Generalmajor a.D.)

Vom Sinn unseres Soldatseins

Was wählt man zum Hauptinhalt eines Vortrages anlässlich des 50. Jahrestages der Gründung einer Armee, die es seit fünfzehn Jahren nicht mehr gibt? Einer Armee, die nicht deshalb endete, weil sie in einem Krieg für verbrecherische Ziele vernichtend geschlagen worden wäre oder weil weltweit Friede herrschte und sie ihre Schwerter hätte zu Pflugscharen umschmieden können. Sondern einer Armee, deren Existenz deshalb endete, weil der Staat und das Gesellschaftssystem, die sie zu ihrem Schutz geschaffen hatten, sich im Kampf der beiden sich feindlich gegenüberstehenden Systeme als nicht überlegensfähig erwiesen.

Der Anlass eignet sich weder zu einem Vortrag feierlichen Gedenkens an eine Dahingeschiedene, noch zu einer unkritischen Lobeshymne. Deshalb erstehet mein Beitrag vor allem als eine Referenz an alle, die in den Jahren der Existenz der DDR als Berufs- oder Zeitsoldaten, als Freiwillige oder Wehrdienstleistende ihren Dienst diszipliniert und im Wissen um die ihnen übertragene Verantwortung gewissenhaft erfüllten, trotz der mit ihm verbundenen Entbehrungen, Schwierigkeiten und oft auch Härten. Es waren maßgeblich sie, die Soldaten dieser Armee, die durch ihre Einsatz- und Leistungsbereitschaft sowie die Beherrschung der vorhandenen Bewaffnung und Ausrüstung der NVA die Anerkennung als einer der Interessen des Volkes verpflichteten und zugleich zuverlässigen Bündnisarmee einbrachten.

Erinnerung ist sicher das Hauptmotiv für die Treffen, die ehemalige Angehörige der NVA anlässlich des 50. Jahrestages der Gründung ihrer Armee in diesen Wochen wie hier in Altlandsberg so auch in anderen Orten der neuen Bundesländer zusammenführt. Es ist ihnen ein Bedürfnis, sich dabei an einem, wen nicht den zentralen Teil ihrer Biografie sowie an die Haltung, die Leistungen und Anstrengungen jener Wehrpflichtigen, Zeit- und Berufssoldaten zu erinnern, mit denen sie in Erfüllung ihres Auftrages in einem der beiden deutschen Staaten dienten. Sie werden an Erlebnisse denken, die sie vor Jahrzehnten hatten und auch an Genossen und Weggefährten, die nicht mehr unter den Lebenden weilen.

Sicher werden auch die nach dem tiefen Einschnitt des Jahres 1990 in ihrer Biografie gemachten Erfahrungen und gewonnenen neuen Einsichten und Erkenntnisse Gegenstand ihrer Gespräche sein. Sie, die mit ihren Waffen nie ungebeten das Territorium anderer Staaten betreten haben – werden sich erneut Gedanken um den Sinn ihres Soldatseins in einer Zeit machen, in der beide deutsche Staaten in sich feindlich gegenüberstehende Militärpakte eingebunden waren und auch darüber, wozu die Bundesrepublik, die nur von Freunden und Verbündeten umgeben ist und deren Grundgesetz die Vorbereitung von Angriffskriegen verbietet, die Bundeswehr zu einer weltweit einsetzbaren Interventionsarmee umstrukturiert.

Anregungen zu den Gesprächen bieten auch die seit 1990 erschienenen Publikationen zur Militärpolitik der DDR und zur NVA (1). Die mir zur Verfügung stehende Zeit reicht nicht, darauf näher einzugehen. Nur so viel sei gesagt: In den Publikationen finden sich, insbesondere dank des seit 1990 ungehinderten Zugangs zu DDR-Archiven manch neue Fakten. Durch sie wird das Wissen über die Militärgeschichte der DDR verbreitert, bisher Unbekanntes oder Verdrängtes aufgedeckt und auch deutlich, wo wir unsere eigene Geschichte – der Ideologie und Politik folgend – schon gefärbt haben. Allerdings fußt nicht jede Neubewertung der Militärgeschichte der DDR nur auf neuen Fakten, sondern auch

auf der politischen Grundhaltung der Autoren und ihrer zumeist anderen Wahrnehmung des Erlebens zweier deutscher Armeen im Kalten Krieg.

Die von Oberst a. D. Prof. Fischer geleitete Arbeitsgruppe „Geschichte der NVA ...“ beim Landesvorstand Ost des DBwV hat im Sammelband „Was war die NVA! (2) und in der Reihe „Information“ wertvolle und zum Nachdenken anregende Beiträge zur Militärgeschichte der DDR veröffentlicht. Damit haben die Autoren einen wichtigen Beitrag zu einer historisch-kritischen Neubefragung und zum Teil Neubewertung der Geschichte der Militärpolitik und der Streitkräfte der DDR geleistet. Hinweisen möchte ich in diesem Zusammenhang auf den informativen und ausgewogenen Aufsatz von Lothar Schröter und Joachim Schunke „Zur Geschichte der Militärpolitik in beiden deutschen Staaten“ (3). Es ist der erste auf Forschungen basierende Vergleich ihrer Militärpolitik.

Bedeutsam für die heutige und auch künftige Bewertung der geschichtlichen Rolle der NVA sind schließlich die Memoiren und Erinnerungen ehemaliger Angehöriger der NVA. Nur einige können hier genannt werden: von den LSK/LV Klaus Baarß „Lehrgang X“ und Franz Spurs „Fliegen Sie sich frei“, von der VM Theodor Hoffmanns „Kommando Ostsee“ und Horst Loßins „Klar Schiff“ (4). Aufschlussreich sind auch die bisher erschienenen Sachbücher über die Teilstreitkräfte, Waffengattungen, Verbände, Einrichtungen und Dienststellen der NVA. Sie alle sind als Quellen unverzichtbar für eine Gesamtschau über die Geschichte der NVA. Es sind die Aussagen von Zeitzeugen, in denen Ereignisse und Entwicklungen aus der Sicht von Handelnden bewertet werden, Aussagen, in denen sich – wie selten in Akten – auch die Motive und Empfindungen dieser Handelnden widerspiegeln. Sie sind eine Ergänzung zu den Akten und können manches von dem, was in Schriftstücken steht, nicht selten zutreffender interpretieren als der Forscher, der nur das Schriftstück kennt. Sie können Hintergründe aufhellen, erklären, warum und mit welchem Zweck eine Entscheidung oder ein Bericht so und nicht anders getroffen bzw. abgefasst wurde.

Memoiren und Erinnerungen sind allerdings subjektiv und Zeit bezogen. Von der österreichischen Schriftstellerin Marie von Ebner-Eschenbach, der gute Menschenkenntnis und Beobachtungsgabe nachgesagt wird, soll der Ausspruch stammen: „Nicht was wir erlebten, sondern vor allem, wie wir empfanden, was wir erlebten, prägt unsere Erinnerung.“ Es ist dies zugleich ein Hinweis darauf, dass Erinnerungen lückenhaft sein oder trügen können. Hinzu kommt, wie jeder aus eigener Erfahrung weiß, dass sich manches Erlebte später verfärben kann, das Eine kann schöner, das Andere düsterer werden. Manches schwindet ganz aus der Erinnerung. Doch das sollte Zeitzeugen, die Wichtiges zur Aufhellung unserer Geschichte, zur Korrektur früherer oder heutiger Darstellungen und Bewertung zu sagen haben, nicht hindern, Erinnerungen niederzuschreiben und publik zu machen. Andererseits sollten Historiker, die ihre Geschichtsdeutungen häufig allzu einseitig aus den Akten ableiten, die biologisch versiegende Quelle Zeitzeuge nutzen, um auch mit ihr der historischen Wahrheit näher zu kommen.

Erinnerung ist Blick auf ein gelebtes Leben, auf markante Einschnitte wie den Dienstbeginn oder die schweren Anfangsjahre, auf Höhepunkte wie den Einsatz in Kommandeursdienststellungen oder Übungen und Manöver und auch auf Alltägliches. Unser Wissen um uns selbst und unsere Identität werden wesentlich von solchen Erinnerungen geprägt. Das Verlangen ehemaliger NVA-Angehöriger nach Erinnerung resultiert aber auch daraus, dass sie ihre Biografie, ihre Lebensleistung durch politische Entscheidungen sowie durch jene mediale Berichterstattung und „Aufarbeitung“ der Geschichte der NVA diskreditiert und entwertet sehen, für die Begriffe wie Unrechtsstaat oder zweite deutsche Diktatur sowohl Ausgangspunkt der Betrachtung wie Maßstab der Bewertung sind.

Im Unterschied dazu setzt die Erinnerung der Angehörigen der NVA nicht bei diesen politisch gesetzten Werturteilen an und nimmt nicht sie zum Maßstab des Zurückliegenden,

sondern beginnt mit der konkret-historischen Situation, in der sie antraten. Auch der Maßstab der Bewertung ihres Tuns ist ein anderer, nämlich der in Artikel 7 der DDR-Verfassung formulierte Auftrag der NVA, die DDR und die sozialistischen Errungenschaften des Volkes in enger Waffenbrüderschaft mit den Armeen der Sowjetunion und anderer sozialistischer Staaten zu schützen.

Dafür, wie wir Berufssoldaten der NVA unseren Dienst wahrnahmen, seien genannt.

1. Für uns waren Gründung und Existenz der NVA Ausdruck des Selbstbehauptungswillens unseres Staates, der – als Produkt des Ost-West-Konflikts entstanden – eine legitime Alternative zum zerschlagenen NS-Staat bildete und der dafür eintrat, dass nie mehr Krieg von Deutschland ausgehe. Sie war zugleich Ausdruck des Daseinsanspruchs und Selbstbehauptungswillens eines Gesellschaftssystems, das als historische Alternative zum imperialistischen antrat.
2. Für uns war die Einbindung der NVA in die Militärorganisation des Warschauer Vertrages folgerichtig, denn erst durch sie war unter den Bedingungen des Ost-West-Konflikts sowohl ein zuverlässiger Schutz der DDR gegen Angriffe von außen als auch ein notwendiger Beitrag zur Abschreckung eines potenziellen Aggressors zu gewährleisten. Und wir legen auch heute noch Wert auf die Feststellung, mit unserer Pflichterfüllung zur Bewahrung des Friedens in Zentraleuropa beigetragen zu haben.
3. Wir sahen uns als Angehörige einer Armee, die dem Willen des Volkes verpflichtet ist, einer Volksarmee. Deren Führung durch die SED war für uns kein Widerspruch, denn schließlich war die Verfassung, die dies festschrieb, 1974 in einer Volksabstimmung von über achtzig Prozent der Bevölkerung angenommen worden. Dem Volk verpflichtet fühlten sich die Armeeangehörigen auch, als sie 1989/1990 zu einem friedlichen Verlauf der Ereignisse beitrugen.

Soweit in Kurzform Kernpunkte der Wahrnehmung unseres Dienstes in der Zeit der Existenz zweier deutscher Armeen im Kalten Krieg. Diese Wahrnehmung ist das Prägende unserer Erinnerung. Natürlich sind uns auch andere Seiten unseres Dienstes in Erinnerung geblieben, so die Auswirkungen der zunehmenden finanziellen und wirtschaftlichen Probleme der DDR auf die Dienst-, Arbeits- und Lebensbedingungen, die nicht selten hinter den Erwartungen zurückbleiben, das Unverständnis über die Beibehaltung hoher Anforderungen an die ständige Gefechtsbereitschaft bei gleichzeitiger langfristiger Abkommandierung ganzer Einheiten in die Volkswirtschaft, der Ärger über die Schönfärberei in den DDR-Medien und die doktrinären Züge in der politisch-ideologischen Arbeit u. a.

Doch bei allem kritischen Nachdenken über die Militärpolitik der DDR und den Dienst in der NVA fällt es wohl der Mehrheit ehemaliger Soldaten der NVA schwer, sich und das Verständnis, in dem sie ihren Dienst verrichteten, zu erkennen in Darstellungen, die den Kalten Krieg entweder weitgehend ausblenden oder den Eindruck vermitteln, dass aggressives Verhalten oder Zuspitzungen der Lage allein der UdSSR und ihren Verbündeten anzulasten sind (5) und die deshalb die NVA vor allem als Instrument der inneren „Herrschaftssicherung“ ausweisen (6).

Diese Soldaten erkennen ihr Leben in der DDR nicht wieder, wenn es ihnen vorwiegend als Leben in einer Diktatur mit Mauer und Stasi vorgehalten wird und wenn Errungenschaften der DDR wie deren fortschrittliche Arbeits- und Sozialgesetzgebung, die gleichen Chancen aller zu Bildung, die kostenlose medizinische Betreuung oder auch die durchaus vorhandene Basisdemokratie als unwichtig außer Betracht bleiben. Sie setzen sich auch kritisch mit jenen Unzulänglichkeiten und Verstößen auseinander, die es im inneren Gefüge der NVA gab und die den selbst gestellten Ansprüchen zuwiderliefen.

Aber sie finden sich und die Armee, in der sie dienten, nicht wieder, wenn geschrieben wird: „Das Militär der DDR offenbart sich auf allen Ebenen als ein perfides, menschenverachtendes Zwangssystem, geprägt von rigider Unterordnung und Unterdrückung.“ (7)

Solche Auslastungen, Vereinfachungen und Verabsolutierungen lassen ernsthafte Zweifel am Bemühen des Autors um Objektivität und an solider Quellenarbeit aufkommen. Allzu deutlich ist darin der so genannte „Kinkel-Auftrag“ zur Delegitimierung der DDR zu spüren. Es ist verständlich, wenn dies Widerspruch herausfordert. So schreibt Generalleutnant a. D. Horst Sylla zu den Beweggründen der Autoren für den „Abriss einer Geschichte des Militärbezirks V (Neubrandenburg) folgendes: „Selbstachtung, Würde, Berufsethos und Offiziersehre gebieten uns Zeitzeugen, die Lebensleistung von mehreren Soldatengenerationen der NVA nicht von Außenstehenden entwerten zu lassen. ... Ich betrachte es als ein Gebot des Respekts, das Engagement und die Leistungen der NVA-Soldaten zu würdigen, den nachkommenden Generationen nicht vorzuenthalten und der vorherrschenden Geschichtsrevision sachkundig entgegen zu treten.“ (8)

Die NVA war das Werk mehrerer Soldatengenerationen. Für ca. 3 Millionen Bürger der DDR war der Wehrdienst in ihr ein prägendes soziales Erlebnis, dem sie sich - teils aus Überzeugung, teils in Befolgung der Gesetzeslage - stellten.

Mit dem Aufbau bewaffneter Kräfte der DDR wurden Männer betraut, die ihre antifaschistische Gesinnung und ihren Willen zum Aufbau eines neuen friedliebenden Deutschlands bereits unter Beweis gestellt hatten. Heinz Hoffmann, Fritz Dickel, Arthur Franke, Hein Brandes, Fritz Johne und andere aus der Arbeiterbewegung kommende Genossen hatten bereits am militärischen Kampf gegen den Faschismus für die Verteidigung der frei gewählten spanischen Volksfrontregierung teilgenommen. Waldemar Verner, Herbert Scheibe, Ernst Haberland, Paul Blechschmidt, Johann Wesolek, Walter Steffens, Erwin Bartz und anderen hatten in Deutschland illegal gegen Faschismus und Krieg gekämpft und diesen Kampf auch in den Zuchthäusern und Konzentrationslagern des Regimes oder in der Emigration weiter geführt. Obwohl keiner von ihnen sich zum Offiziersberuf drängte, war es für sie selbstverständlich, dem Auftrag ihrer Partei zu folgen und mitzuhelfen, bewaffnete Kräfte zum Schutz der neuen Ordnung aufzubauen. Wir erinnern uns auch an Angehörige der Wehrmacht wie Otto Korfes, Wilhelm Adam, Bernhard Bechler, Hans Goßens, Werner Pilz, Walter Leweiß-Litzmann, Eberhard Charisius, Hermann Lewerenz, Heinz Neukirchen u. a., die sich in Erkenntnis des verbrecherischen Krieges des NS-Regimes und im Willen um den Aufbau eines neuen Deutschland bereits während des Krieges an die Seite der roten Armee gestellt hatten, um deutsche Soldaten zur Beendigung des Krieges zu bewegen. Sie waren aus dem Krieg heimgekehrt mit dem Vorsatz, sich für ein Deutschland einzusetzen, von dem nie wieder Krieg ausgehen würde. Wenn sie doch wieder Soldat wurden, dann weil sie erkannten, dass der Aufbau eines neuen Staates des militärischen Schutzes bedurfte.

Neben diesen führenden Männern gehörten zur so genannten Aufbaugeneration der NVA auch tausende Freiwillige: heimkehrende Kriegsgefangene, die in jugendlichem Alter in einen verbrecherischen Krieg geschickt worden waren und sich nun dem Schutz eines antifaschistisch-demokratischen Deutschland zur Verfügung stellten, Jugendliche, zumeist FDJler, die sich aus Tatendrang oder aus Einsicht in die Notwendigkeit meldeten oder auch solche, die um einen Arbeitsplatz willen den Dienst als Soldat aufnahmen.

Vor einigen Wochen gewährte mir einer der damals 18jährigen FDJler einen Einblick in das seinerzeit von ihm geführte Tagebuch (9). Dort war u. a. Zu lesen: „10.09.1952.

Nach langer Bahnfahrt aus Brandenburg/Havel und mehrfachem Umsteigen kamen wir endlich in Prora an. Es besteht aus etwa 2000 Zelten, Gebäuden für Küchen, Versammlungsräumen, Lagern u. a. ... Abends kann man das Rauschen des Meeres vernehmen. In den Zelten steht eine Holzpritsche Wir sind zu Zwölf in unserem Zelt.“

In den Eintragungen der folgenden Tage ist die Rede von den Eindrücken, die er im Lagerleben des noch nicht fertigen Objekts gewann, von dessen Schwierigkeiten und Unannehmlichkeiten, aber auch von entstehenden Kameradschaften, vom ersten Bekanntwerden mit Dienstvorschriften und von Ausbildungsstunden im Gelände, von der Gründung einer FDJ-Gruppe während einer Übungspause im Gelände, von noch unerfahrenen jungen Offizieren und von alten Kommunisten, zu denen er Vertrauen habe, vom Möbeltransport, dem Einrichten und endlichen Beziehen der noch immer nicht ganz fertigen Unterkünfte, von dem mitreißenden Auftreten des Ensembles der Baltischen Rotbannerflotte u.a.m.

In der Eintragung vom 17.11.1952 heißt es u. a.: „Am Vormittag erhielt ich endlich meine eigene Waffe. Eine MPI, wie sie die Sowjetarmee besitzt. Weil sie stark eingefettet war brauchte ich lange, sie zu reinigen. Ich tat es gern, ist sie doch dazu gedacht, im Ernstfall unsere Feinde zu bekämpfen.“

In einem Begleitbrief schreibt mit der Tagebuchführer: „Heute, nach über 53 Jahren, lese ich das, was ich seinerzeit als 18jähriger KVP-Anwärter heimlich festgehalten habe, nicht ohne innere Bewegung...“ Zum einen empfinde er noch immer Stolz darauf, zu denen gehört zu haben, die im Sinne Ulrich von Hutten sagen können: „Wir haben's gewagt“ – den Schritt zum Aufbau einer neuen Ordnung und zu ihrem Schutz. Zugleich wundere er sich darüber, was man damals und in den folgenden DDR-Jahren aus Überzeugung, Gläubigkeit und auch aus Naivität „alles an Ungewöhnlichem ... hingenommen hat“.

Das von den Abgeordneten der DDR am 18. Januar 1956 einstimmig angenommene Gesetz über die Schaffung der Nationalen Volksarmee und die Bildung eines Ministeriums für Nationale Verteidigung kam für die Mehrheit der Offiziere der Kasernierten Volkspolizei nicht unerwartet. Insbesondere die ohne ernsthafte Prüfung erfolgte Ablehnung der Vorschläge der sowjetischen Note vom 10. März 1952 durch Adenauer und die Westmächte war bei uns auf völliges Unverständnis gestoßen. Warum lehnten sie Vorschläge ab, deren Annahme den Weg zu einem einheitlichen demokratischen Deutschland, zum Abzug aller Besatzungsmächte und zur vollen staatlichen Souveränität und Unabhängigkeit Deutschlands hätten ebnen können? Und dies sogar um den „Preis einer Entlassung Mitteldeutschlands aus dem eigenen direkten Zugriff“ (10).

Die Antwort darauf fanden wir dann in jener Politik, die, der US-Strategie des „roll back“ folgend, direkt zur Aufnahme der Bundesrepublik in die NATO und zum offiziellen Beginn des Aufbaus der Bundeswehr führte. Damit waren für eine nicht absehbare lange Zeit alle Brücken für eine Vereinigung der beiden deutschen Staaten abgebrochen.

Dass diese Entwicklung auch von einer Mehrheit der damaligen Mannschaften und Unteroffiziere als bedrohlich für die DDR empfunden wurde und eine angemessene Antwort erforderte, zeigte sich u. a. darin, dass sich Tausende von ihnen, deren Verpflichtungszeit abgelaufen war, noch ein oder zwei Jahre weiter verpflichteten. Sie hielten – wie die Abgeordneten aller Fraktionen der Volkskammer und die vielen das Gesetz bejahenden Stimmen aus allen Kreisen der Bevölkerung – die im Aufbau befindliche neue Ordnung sowohl für verteidigungswürdig wie angesichts der gegebenen Lage auch für bedroht.

Es macht schon sehr nachdenklich, wenn ein Historiker eine solche Entscheidung wie überhaupt die Akzeptanz der DDR mit dem Begriff „fremdzwangdominiertes Sozialverhalten“ (11) bewertet oder zu erklären sucht. Es spricht auch nicht von historischem Denken, wenn derselbe Autor für die Sicherungspolitik der DDR zur damaligen Zeit von der Alternative „Friedenssicherung oder Militarisierung“ (12) spricht und der DDR-Führung unterstellt, sie habe sich für die Militarisierung des Landes entschieden. Historisches Denken verlangt, eine jede Handlung oder Entscheidung an den Umständen und Bedingungen ihrer Zeit zu prüfen. Und die legten nahe, zur Friedenssicherung durch den Aufbau einer regulären, in den Warschauer Vertrag eingebundenen Armee beizutragen.

Die Gründung dieser Armee fand auch deshalb vielfache Zustimmung, weil deren Bewertung als eine Zäsur in der deutschen Militärgeschichte durchaus reale Grundlagen hatte. Erstmals in der deutschen Geschichte war eine Armee in einem Staat mit einer neuen sozialökonomischen und politischen Grundlage geschaffen worden. Im Sinne der Beschlüsse des Potsdamer Abkommens waren die Träger der ökonomischen und politischen Grundlagen des NS-Systems entmachteter, die wichtigsten Produktionsmittel in gesellschaftliches Eigentum überführt und die entscheidenden Hebel der politischen Macht in den Händen von Menschen, die aktiv am Kampf gegen Faschismus und Krieg bzw. beim Aufbau einer antifaschistischen Ordnung teilgenommen hatten. Es gab keine Partei oder gesellschaftliche Gruppierung im Lande, die irgendwelchen revanchistischen Zielen – z. B. der Beseitigung der Oder-Neiße-Grenze oder der Wiederherstellung der Grenzen von 1937 – das Wort redete. Bei durchaus unterschiedlichen Vorstellungen über die weiteren Schritte zur Gestaltung einer sozialistischen Ordnung – zu der sich alle Parteien und Organisationen bekannten – galt ihr Hauptinteresse der Sicherung friedlicher Bedingungen für den Aufbau dieser Ordnung. In ihr sollte nicht der Profit, sondern das Allgemeinwohl letztlich bestimmend für die wirtschaftliche Entwicklung sein, sollten die Betreuung der Kinder und deren Bildungschancen nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen, sollte soziale Sicherheit und Gesundheitsfürsorge für alle gewährleistet sein. Es würde eine Ordnung sein, in der keiner einen Krieg will, weil er in ihm nichts zu gewinnen hat. Das machte die DDR für uns verteidigungswürdig, auch wenn es in ihr kein Wirtschaftswunder nach Art der BRD gab.

Der Zusammenhang zwischen neuer gesellschaftlicher Ordnung und Frieden war bestimmend für unser Verständnis vom Sinn des Soldatseins in der Nationalen Volksarmee. Wir waren uns sicher, dass die in der DDR in Aufbau befindliche neue Ordnung Frieden braucht und will.

Und wir wüssten andererseits, dass aus dem Schoß der kapitalistisch-imperialistischen Ordnung und ihren Militärbündnissen schon zweimal in diesem Jahrhundert Kriege hervorgegangen waren.

Warum sollten wir annehmen, dass sich das nicht wiederholen könnte, waren doch die sozialökonomischen Grundlagen dieser Ordnung in der Bundesrepublik nicht angetastet worden und hatten wir doch Grund, uns und den Frieden bedroht zu fühlen. Die DDR sah sich bedroht u. a. durch Adenauers mehrfach ausgesprochene Forderung nach Beseitigung der „Soffjetzone“ und nach Ablehnung der Vorschläge der UdSSR von 1952 durch die Einbindung der BRD in das westliche Militärbündnis, durch die Annahme der US-Militärstrategie des überraschenden massiven Kernwaffenschlags („massive Vergeltung“) seitens der NATO als „Schwert-Schild-Strategie“ und durch die Forderung nach Wiederherstellung der Grenzen von 1937 (13). Auch die Bundesrepublik sah sich bedroht, vor allem durch die Stärke der konventionellen sowjetischen Truppen auf dem Territorium der DDR. Doch jede der beiden Seiten fühlte nur sich selbst bedroht und nahm die Bedrohungswahrnehmungen der anderen Seite nicht wahr. Aus unseren Bedrohungswahrnehmungen der DDR ergab sich unsere Bereitschaft, dem Land als Soldat zu dienen. Nicht als „Herrschaftssicherung“ gegen die eigene Bevölkerung verstanden und versahen wir unseren Dienst, sondern als Sicherung einer Ordnung des Friedens und des sozialistischen Aufbaus gegen eine Bedrohung von außen.

Auch die der Aufbaugeneration und den Freiwilligen der Jahre bis 1961 folgenden Generationen der Wehrpflichtigen sahen – von einer Minderzahl abgesehen – die Notwendigkeit des Schutzes von Sozialismus und Frieden als gegeben an. Seit die USA 1954 die ersten Atomkanonen M-65 auf dem Territorium der Bundesrepublik stationiert hatten, war dies zum Hauptstationierungsraum der taktischen und operativ-taktischen Kernwaffeneinsatzmittel der NATO und Lagerplatz für bis zum 85 %, also etwa 6000 der dazu bestimmten Kernwaffen geworden.

Die für den zentraleuropäischen Kriegsschauplatz vorgesehenen Streitkräfte der NATO verfügten über einen hohen Ausbildungsstand und waren mit modernster Bewaffnung sowie Aufklärungs-, Führungs- und Kampftechnik ausgerüstet. Der operative Ausbau des Territoriums der BRD als Konzentrierungsraum, Kampfzone sowie Nach- und Abschubraum für die kämpfende Truppe begann und verlief in einem ständigen Prozess der Erweiterung und Modernisierung. Ausgehend von der These, dass Abschreckung glaubhaft sein muss, forcierten vor allem die USA ständig das Wettrüsten mit dem Ziel der Erreichung der militärtechnischen und militärstrategischen Überlegenheit. Mehrere Übungen und Manöver der NATO auf dem Gebiet der BRD sahen den frühzeitigen Einsatz von Kernwaffen auf das Gebiet sozialistischer Staaten vor. Einzelne von ihnen waren so nahe an die Grenzen der DDR verlegt, dass sich die Militäraufklärung der NVA zu der Feststellung genötigt sah: „Es wird immer schwerer einzuschätzen, ob es sich tatsächlich um Übungen oder um die konkrete Vorbereitung auf eine Aggression handelt.“ (17).

Angesichts dieser militärpolitischen Entwicklungen verstand auch die Mehrheit der Wehrpflichtigen, dass die ehrliche Absicht allein den Frieden nicht sicherte, sondern nur die Fähigkeit, einen Angreifer erfolgreich schlagen zu können. Sie betrachteten eine den Erfordernissen der Lage angemessene Kampfkraft und Gefechtsbereitschaft als die ihrem Auftrag gemäße Zustimmung zur Friedenspolitik ihres Staates, die damals allgemeine internationale Anerkennung fand. Die Soldaten trugen das Wort vom „Sinn des Soldatseins“ ebenso wenig ständig auf den Lippen wie irgendwelche politische Losungen.

Ihr Bekenntnis zum Sinn ihres Soldatseins stellten sie durch die Erfüllung ihrer Dienstpflichten unter Beweis. Sie erbrachten mehrheitlich gute Leistungen in der Gefechtsausbildung, auch wenn es wegen Mängeln in der Organisation des Dienstes gelegentlich Gammelei gab und wenn es ein ständiges Ärgernis blieb, dass die negativen Seiten der EK-Bewegung nicht in den Griff zu bekommen waren. Hohe Einsatzbereitschaft war typisch in Übungen und Manövern. Die wachsende Fähigkeit der Kommandeure zur Truppenführung, die Beherrschung der Waffen und Technik sowie die Leistungen der Truppen fanden in zunehmendem Maße hohe Anerkennung durch das Kommando der Vereinten Streitkräfte, ebenso wie die zuverlässige Erfüllung der Aufgaben der LSK/LV im Diensthabenden System und der Flottenkräfte im Gefechtsdienst.

Die Angehörigen aller Teilstreitkräfte stellten sich den vor allem durch das Diktat der Normen der ständigen Gefechtsbereitschaft verursachten Entbehrungen. Im Wissen um die Verantwortung ihrer Männer und Väter nahmen auch die übergroße Mehrheit der Ehefrauen und Familien die Härten in Kauf, die sich aus deren Dienst für sie ergaben (15).

In der gerade erschienenen Geschichte der 8. Mot. Schützendivision schreibt der Autor, Obstl. Dr. Klaus Froh abschließend: „Die Angehörigen der 8. MSD haben zu allen Zeiten unter allen Bedingungen die ihnen vom Staat gestellten militärischen Aufgaben erfüllt und waren verlässliche Waffenbrüder im System des Warschauer Vertrages. Sie beherrschen ihr Waffenhandwerk und ihre Kommandeure waren gut ausgebildete Militärspezialisten. Ihre soldatischen Tugenden waren stark ausgeprägt. ... Für viele Angehörige und insbesondere für die Berufssoldaten der 8. MSD war der Dienst in diesem Verband Lebensinhalt und immer auch Entwicklung ihrer Persönlichkeit. Die Angehörigen der 8. MSD haben in ihren jeweiligen Standorten das kulturelle und sportliche Leben der Bevölkerung stark gefördert. In Katastropheneinsätzen, ob bei Hochwasser oder bei den Winterschlachten ... sowie bei der Aufrechterhaltung der Volkswirtschaft, insbesondere in der Landwirtschaft, wurden von den Angehörigen der Division außergewöhnliche Leistungen vollbracht. Bei aller Differenziertheit und kritischen Betrachtung der Entwicklung der DDR, seiner Volksarmee einschließlich der 8. MSD ... ist die Geschichte der Division die Geschichte der Soldaten, Unteroffiziere, Fähnriche, Offiziere und Generale, die in der Division gedient haben.“

Über diese individuellen Wortmeldungen hinaus geben die in über zwei Jahrzehnten in der NVA durchgeführten soziologischen Befragungen deutlich Auskunft über die Haltung der Armeee Angehörigen (16). Sie wurden nach 1990 auch vom Sozialwissenschaftlichen Institut der Sachkompetenz, eine den Erfordernissen solcher Befragungen entsprechende Vorgehensweise und realistische Bewertung ihrer Ergebnisse bestätigt. In seiner eigenen Bewertung dieser Befragungen kommt das SOWI zu folgenden Ergebnissen:

„Im Allgemeinen dokumentieren die zwischen 1967 und 1989 gewonnenen Umfrageergebnisse eine hohe Verbundenheit der Armeee Angehörigen mit der DDR, was sich primär an den Antworten auf die Frage ablesen lässt, ob man bereit ist, die DDR unter Einsatz des eigenen Lebens zu verteidigen ... Der Anteil der dazu bereiten Soldaten (steigerte sich) von anfänglichen 62% bis auf 80% im Jahre 1980, um dann bis 1985 allmählich auf 73% und danach steil auf 51% im Jahre 1989 abzufallen.“ Der Autor führt das auf die veränderte Bedrohungsperzeption und auch auf die sinkende Verteidigungswürdigkeit der DDR zurück und fährt fort:

„Nichts desto trotz gaben aber noch Ende November 1989 zwei Drittel der befragten Soldaten und Unteroffiziere an, sich mit der DDR eng verbunden zu fühlen.“

Frappiert zeigt sich der Autor darüber, das in dieser Phase noch immer 94% der Befragten für einen reformierten Sozialismus votierten. Und schließlich resümiert er, dass die vor allem aus der Verbundenheit mit der DDR, der Anerkennung ihrer Friedenspolitik und der Bedrohungsperzeption „zusammengesetzte Überzeugung vom ‚sinn des Soldatseins im Sozialismus‘ im Gegensatz zu der Behauptung von Peter Joachim Lapp, dass dies niemals der Fall gewesen wäre, beim größten Teil der Armeee Angehörigen offensichtlich durchaus vorhanden war.“ (18) Doch als immer offensichtlicher wurde, dass in einer atomaren Auseinandersetzung alles vernichtet werden würde, was doch verteidigt werden sollte, gewann die Erhaltung des Friedens den höheren Wert gegenüber der Bereitschaft, den Sozialismus notfalls auch in einer solchen Auseinandersetzung zu verteidigen (19).

Gewiss reicht unsere Wahrnehmung des Kalten Krieges und das wesentlich daraus resultierende Selbstverständnis vom Sinn unseres Soldatseins nicht, das Problem NVA und Friedensdienst allseitig zutreffend zu rekonstruieren. Dazu sind auch objektive Gegebenheiten in Rechnung zu stellen, also historisch-kritisch zu untersuchen. Hier seien vor allem folgende genannt: 1. Welche Wirkungen und Konsequenzen ergaben sich für die DDR aus ihrer Zugehörigkeit zu einem Staatenbündnis, in dem das Friedensinteresse aller Beteiligten zugleich von den Machtinteressen der Sowjetunion dominiert und beschnitten war? Alle Staaten des Bündnisses waren von der Breshnew-Doktrin einer eingeschränkten Souveränität der realsozialistischen Staaten betroffen. Eine kluge Entscheidung bewahrte die NVA davor, nach Maßgabe dieser Doktrin ihren Fuß ungebeten auf das Territorium eines verbündeten Staates setzen zu müssen. 2. Welche Konsequenzen hatten innere Entwicklung der DDR, insbesondere die zunehmenden ökonomischen Probleme, die Verweigerung einiger politischer Menschenrechte, denen die Regierung doch im Korb drei der Schlussakte von Helsinki zugestimmt hatte sowie das Machtverständnis, der Realitätsverlust und die Reformunwilligkeit des Politbüros einerseits auf inneren Frieden? 3. Welche Konsequenzen ergaben sich für die Landesverteidigung der DDR und besonders für deren Kernstück, die Nationale Volksarmee, aus der Zugehörigkeit zu einem Militärbündnis, dessen Kriegsbild, Militärdoktrin und militärstrategische Vorstellungen wesentlich von der Führungsmacht des Bündnisses vorgegeben waren? Und in diesen spielte, nicht zuletzt aufgrund der Erfahrungen der Sowjetunion, die Vorbereitung auf den Ernstfall, ja auf einen nicht auszuschließenden schlimmsten Fall (worst case) eine entscheidende Rolle. Die strategischen Planer der NATO betrachteten es stets als selbstverständlich, einen atomaren Krieg nicht aus ihren Überlegungen auszuschließen und „auch das Udenkbare zu denken und praktisch vorzubereiten“, denn das war – wie ein westdeutscher Autor namens Klaus Naumann bekannte – sogar der einzige Weg, dem Abschre-

ckungskonzept selbst die erwünschte Glaubwürdigkeit zu beweisen.“ (20) Die Redlichkeit gebietet es, ein solches Denken und Handeln auch den strategischen Planern des Warschauer Bündnisses zuzubilligen.

Es spricht auch für das Verständnis vom Sinn des Soldatseins in der NVA, dass sich in ihr Offiziere fanden, die – wie Walter Ulbricht schon 1963 – die Sinnkrise des Krieges nicht nur erkannten und offen ansprachen, sondern auch auf daraus zu ziehende Konsequenzen drängten. Sie hatten es anfangs nicht schwer, sich gegen eingefahrenes politisches und militärisches Denken sowie seit Jahrzehnten geübte Praktiken durchzusetzen, doch die 1987 verabschiedete neue Militärdoktrin des Warschauer Vertrages bestätigte ihr Denken. Ihre Ideen wirkten als geistige Wegbereiter sowohl für die Reformbewegung in der NVA wie für deren Verhalten in den Jahren 1989/90 (21).

Die Angehörigen der NVA verstanden sich immer als den Interessen des Volkes der DDR und des Friedens verpflichtet. Deshalb hatten sie 1983 Erich Honeckers gegen einen „Raketenzaun“ in Europa gerichtete Worte „Jetzt erst recht – alles für den Frieden“ ebenso zugestimmt wie dem von ihm im Januar 1989 verkündeten Beschluss zu einseitigen Abrüstungsmaßnahmen der DDR. Doch an der Innenpolitik nahmen sie immer mehr Anstoß. Warum sollte die Mauer noch 100 Jahre stehen? Warum wollte er den tausenden Bürgern, die wegen ausbleibender innenpolitischer Reformen mit seiner Zustimmung in die BRD ausreisten, keine Träne nachweinen? Erkannte er noch immer nicht die Notwendigkeit innenpolitischer Reformen? Und keine Stimme aus dem Politbüro und der Regierung mahnte öffentlich zu Realitätssinn und Reformen. Es gehört auch zu den schmerzlichen Erinnerungen an diese Zeit, dass Angehörige der NVA in eigens aufgestellten Hundertschaften, jedoch nicht mit Waffen, sondern nur mit Schlagstöcken ausgerüstet, gegen Demonstrierende vorgehen sollten. Die dazu befohlenen Offiziere und Soldaten gerieten so in Zwiespalt zwischen Befehlsausführung und Verweigerung. Letztlich aber handelten sie – „geführt von verantwortungsbewussten Kadern (nach) ihrem Verständnis von einer Armee des Volkes“ und trugen so auch zur Erhaltung des Friedens im Inneren bei (22). Schließlich entzogen sie der Führung des Staates und der SED ihr Vertrauen.

Vom ersten Tag der Gründung der NVA an war es der Sinn des Soldatseins, dem Schutz von Frieden und Sozialismus zu dienen. Die seither vor sich gegangenen Veränderungen im Militärwesen und die damit eingetretene Sinnkrise des Krieges machten die Sicherung des Friedens zum höchsten Gut. Das fand 1986 in folgender Formulierung des XI. Parteitages der SED seinen Niederschlag: „Es ist der Sinn des Soldatseins im Sozialismus, den Frieden zu erhalten, zu verhindern, dass die Waffen sprechen.“ Ein letzter Beweis für ihre Zustimmung zu dieser Aussage waren Haltung und Handeln der Armeeangehörigen aller Dienstgrade im Jahre 1990.

Fußnoten

1. Einen fortlaufenden Überblick bietet die Rubrik „Neuerscheinungen deutschsprachiger Veröffentlichungen über die NVA“ in der Reihe „Information“, hrsg. von der Arbeitsgruppe Geschichte der NVA und Integration ehemaliger NVA-Angehöriger in Gesellschaft und Bundeswehr beim Landesvorstand Ost des Deutschen Bundeswehrverbandes.
2. Was war die NVA? Studien, Analysen, Berichte. Zur Geschichte der NVA, Berlin 2001.
3. Lothar Schröter/Joachim Schunke, Zur Geschichte der Militärpolitik in beiden deutschen Staaten. Ein Vergleich. In: hefte zur ddr-geschichte, Nr. 90, Berlin 2004.
4. Werner Rothe, Jahre im Frieden, Schkeuditz, 1997; Hans-Georg Löffler, Soldat im kalten Krieg. Erinnerungen, Bissendorf, 2002, Klaus-Jürgen Baarß, Lehrgang X. In geheimer Mission an der Wolga, Essen, 2004, Franz Spur: Fliegen Sie sich frei!“ Fliegerschule Kamenz/Bautzen. Entstehung und Geschichte. 1950-1990. Dresden 2006, Theodor Hoffmann, Kommando Ostsee. Vom Matrosen zum Admiral, Hamburg 1995, ders.: Das letzte Kommando. Ein Minister erinnert sich, Herford, 1993; Horst Loßin. Klar Schiff – streng geheim – Ganz offen, Neuenhagen, 2003.
5. Wilfried Hanisch, Rezension zu Militär, Staat und Gesellschaft in: Information Nr. 17, S. 72 ff.
6. Torsten Diedrich, Herrschaftssicherung, Aufrüstung und Militarisierung im SED-Staat, in: Militär, Staat und Gesellschaft in der DDR, a.a.O.; S. 257 ff.